

**Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)**

15. Mai 2014

Neues Uranmüll-Zwischenlager in Gronau: Landesregierung muss noch Urenco-Antrag zustimmen

Atomkraftgegner: „Neues Atommülllager nicht eröffnen“

Vor der Eröffnung der neuen Uranmüll-Lagerhalle im westfälischen Gronau für 60 000 Tonnen Uranoxid muss die Landesregierung als atomrechtliche Aufsichtsbehörde noch einem Antrag der Urenco auf Inbetriebnahme zustimmen. Zuvor stehe „Mitte des Jahres“ noch eine „Bauzustandsbesichtigung zur abschließenden Fertigstellung des Uranoxid-Lagergebäudes“ an. Derzeit warten bereits rund 12 700 Tonnen radioaktives Uranoxid im südfranzösischen Pierrelatte auf den Abtransport nach Gronau. In Pierrelatte wird das zuvor abgereicherte Uranhexafluorid, was in den letzten Jahren von Gronau nach Frankreich gebracht wurde, in Uranoxid umgewandelt. Das geht aus einer jetzt veröffentlichten Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Piraten im Landtag hervor (Landtags-Drucksache 16-5732). Anti-Atomkraft-Initiativen sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordern nun erneut von der Landesregierung, ihre Zustimmung zur Eröffnung des neuen Zwischenlagers zu verweigern. Der Bau des Uranoxid-Lagers wurde 2005 von der damaligen rot-grünen Landesregierung genehmigt. „Angesichts der ungelösten Entsorgungsfrage ist es völlig unverantwortlich, wenn die Landesregierung der Urenco jetzt einen Blankoscheck zur zeitlich unbegrenzten Uranmülllagerung in Gronau erteilt,“ so Willi Hesters vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Gronau als oberirdisches Endlager?

Die Urananreicherungsanlage in Gronau erzeugt jährlich 6000-7000 Tonnen abgereichertes Uranhexafluorid, also faktischen Atommüll, der jetzt in Form von Uranoxid ohne jede zeitliche Befristung in Gronau gelagert werden soll. Nach Auskunft der Bundesregierung (Bundestags-Drucksache 17-13598) ist alle zehn Betriebsjahre mit dem Bau einer weiteren Zwischenlagerhalle zu rechnen. „De facto entsteht in Gronau ein oberirdisches Endlager für Uranoxid. Nach dem aktuellen Vorstoß der Energiekonzerne, die gerne die Verantwortung für die Atommüllentsorgung loswerden wollen, ist unsicherer denn je, wer sich am Ende um die Entsorgung des Gronauer Uranmülls kümmern muss. In dieser Situation darf in Gronau kein weiterer Uranmüll produziert werden, er verschärft das generelle Atommüllproblem enorm,“ so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Ebenso kritisieren die Initiativen, dass die Atommüllkommission den Gronauer Atommüll völlig außer Acht lässt.

Weil die Urananreicherungsanlage Gronau nach dem Willen der Bundesregierung ungeachtet des Atomausstiegs in Deutschland zeitlich unbefristet weiterlaufen soll, wächst der Atommüllberg in Gronau rapide an. Anti-Atomkraft-Initiativen und der BBU fordern angesichts der ungelösten Atommüllproblematik und der militärischen Brisanz der Urananreicherungstechnologie die sofortige Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau. Zudem kündigten sie Proteste gegen die Eröffnung des Zwischenlagers sowie gegen die Uranoxid-Transporte von Frankreich nach Gronau an.

Weitere Infos: www.sofa-ms.de, www.bbu-online.de, www.urantransport.de

Fotos vom Gronauer Ostermarsch, der Karfreitag in der Nähe der neuen Uranmüll-Lagerhalle endete, findet man unter
http://www.anti-atom-aktuell.de/fotos/20140418_ostermarsch-gronau/index.html